

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Fremdenverkehr und Tourismus (21. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Rolf Olderog, Dr. Winfried Pinger, Ulrich Schmalz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Olaf Feldmann, Roland Kohn und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 13/3142 –

Tourismus in die Dritte Welt

A. Problem

Der Tourismus in Länder der Dritten Welt enthält gleichermaßen Chancen und Risiken für die Empfängerländer.

So schafft der Tourismus dort in erheblichem Umfang Arbeitsplätze, insbesondere im Gastgewerbe und anderen Dienstleistungsbereichen, in der Konsumgüterproduktion, im Bauwesen, in der Landwirtschaft und im Handwerk. Er ist besonders wichtig für Länder mit geringen Entwicklungsmöglichkeiten in anderen Wirtschaftssektoren, wie dies beispielsweise in der Karibik und in der Südsee der Fall ist. – Ein vernünftig geplanter Tourismus kann auch dazu beitragen, die oft reichen Naturpotentiale der Entwicklungsländer zu erhalten.

Risiken der Tourismusentwicklung können im sozio-kulturellen und sozio-ökonomischen Bereich der Entwicklungsländer liegen, weil der Tourismus Menschen völlig unterschiedlicher Kulturen unmittelbar zusammenbringt. Häufig ist der Tourismus mit einem Einschnitt in das Leben der einheimischen Bevölkerung, beispielsweise durch den Verlust bzw. die Einschränkung traditioneller Existenzgrundlagen sowie die Auflösung traditioneller Familienstrukturen und Wertesysteme verbunden. Besonders erschreckende Beispiele stellen der wachsende Sextourismus und die damit verbundene Kinderprostitution dar.

Durch den Massentourismus werden darüber hinaus auch Risiken im ökologischen Bereich verstärkt. Insbesondere der hohe Wasserverbrauch touristischer Anlagen und die Abwasser- und Abfallentsorgung führen oftmals zur Zerstörung empfindlicher Ökosysteme in den Ländern der Dritten Welt.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird in einem Katalog von 17 Punkten aufgefordert, insbesondere die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern durch Beratung zu intensivieren und sich dabei dafür einzusetzen, daß der Wirtschaftsfaktor Tourismus sinnvoll in ein Entwicklungskonzept unter Berücksichtigung sozio-kultureller und ökologischer Fragestellungen integriert wird.

Dabei soll die einheimische Bevölkerung durch grundlegende Informationen über die Vor- und Nachteile des Tourismus sowie über die Verhaltensweisen von Urlaubern aus den Industrieländern besser auf ihre Rolle als Gastgeber vorbereitet werden.

Ferner soll die Bundesregierung darauf hinwirken, daß deutsche Touristen sich in Dritte-Welt-Ländern rücksichtsvoll und bescheiden verhalten und daß Reiseveranstalter, Reisebüros und Fluggesellschaften sich verstärkt für die Belange eines umweltverträglichen und sozialverantwortlichen Tourismus in die Dritte Welt einsetzen und sich eindeutig von Sextourismus und tourismusbedingter Kinderprostitution in Ländern der Dritten Welt distanzieren.

Darüber hinaus soll die Bundesregierung darauf hinwirken, daß Deutsche, die im Ausland Kinder unter 14 Jahren sexuell mißbrauchen, im Inland auch tatsächlich zur Verantwortung gezogen werden.

Mehrheitsentscheidung**C. Alternativen**

Annahme des Antrags in der Fassung des Änderungsantrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag in Drucksache 13/3142 mit folgender Ergänzung in Nummer II drittletzter Spiegelstrich anzunehmen:

„Auch auf die Geltung des deutschen Strafrechts für im Ausland begangene Straftaten soll deutlich hingewiesen werden.“

Bonn, den 9. Dezember 1996

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus

Halo Saibold

Vorsitzende und Berichterstatterin

Dr. Rolf Olderog

Berichterstatter

Brunhilde Irber

Berichterstatterin

Dr. Olaf Feldmann

Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Rolf Olderog, Brunhilde Irber, Halo Saibold und Dr. Olaf Feldmann

I.

Der Antrag der Abgeordneten Dr. Rolf Olderog, Dr. Winfried Pinger, Ulrich Schmalz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Olaf Feldmann, Roland Kohn und der Fraktion der F.D.P. in Drucksache 13/3142 wurde in der 80. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Januar 1996 dem Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus federführend und dem Auswärtigen Ausschuß, dem Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuß hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 28. Februar 1996 beraten und empfiehlt mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktion bei Enthaltung der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS die Annahme des Antrags.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat am 13. März 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS, bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Annahme des Antrags zu empfehlen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlage in seiner 27. Sitzung am 28. Februar 1996 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Gruppe der PDS Zustimmung empfohlen.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag in seiner Sitzung am 13. März 1996 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

II.

Der federführende Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat den Antrag in seiner 23. Sitzung am 31. Januar, 31. Sitzung am 8. Mai und abschließend in seiner 41. Sitzung am 13. November 1996 beraten.

Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. wiesen darauf hin, daß der Tourismus derzeit sehr stark expandiere. Diese Entwicklung könne zum Guten hin verlaufen, wenn sie – beispielsweise über Modellprojekte und Studien – von den Gastgeberländern in die richtige Richtung gesteuert werde.

Wenn diese Prozesse, die oftmals unter wirtschaftlichem Druck erfolgten, jedoch dem Zufall überlassen würden, bestehe die Gefahr von Fehlentwicklungen. Deshalb solle die Bundesregierung ihre Hilfe denjenigen Ländern anbieten, die dies wünschten; Deutschland müsse als wichtiger Quellmarkt hier seine Mitverantwortung spüren.

Eingehend erörterte der Ausschuß die Frage der Intensität dieser Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt im Bereich des Tourismus. Er nahm dabei zur Kenntnis, daß die Bundesregierung bereits seit einer Reihe von Jahren keine Tourismusprojekte mehr direkt fördere, zumal von den Partnerländern selten oder nie Tourismus als prioritärer Bereich der Zusammenarbeit genannt werde.

Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. machten deutlich, daß die direkte Förderung von Tourismusprojekten grundsätzlich Aufgabe der Privatwirtschaft sei. Falls die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), deren Tourismusprojekte in der Vergangenheit sich nicht immer in die richtige Richtung entwickelt hätten, sich erneut in diesem Bereich engagieren wolle, solle sie sich hierzu vorher bei der Politik absichern. Heute sei dieses Konzept der Zurückhaltung nicht mehr unumstritten; auch künftig werde es ein massives Ansteigen der Tourismuszahlen geben, so daß man sich beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wieder etwas mehr öffnen und dies der DEG entsprechend anheim stellen solle. Die Bundesregierung solle sich in ihrer Politik der internationalen Zusammenarbeit stärker auf dem Gebiet des Tourismus engagieren.

Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. schätzten die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus für die Entwicklungsländer noch etwas höher als die Bundesregierung ein. Dies sei das Ergebnis einer öffentlichen Anhörung der Fraktion der CDU/CSU zu diesem Thema, an der Repräsentanten von Entwicklungsländern teilgenommen hätten, deren Urteil insgesamt uneingeschränkt positiv gewesen sei. Auch neuere Untersuchungen deuteten darauf hin, daß die wirtschaftlichen Impulse und Auswirkungen noch etwas positiver und optimistischer beurteilt werden dürften als dies bisher der Fall gewesen sei.

Es sei nicht zu bestreiten, daß es bei der Entwicklung des Tourismus sozio-strukturelle und ökologische Probleme gebe. Es gebe hier mittlerweile ein entsprechendes Problembewußtsein und auch Konzeptionen, mit welchen Instrumenten gegengesteuert werden könne. Es sei davon auszugehen, daß schwerwiegende Fehler, die zu Beginn des Aufbaus des Tourismus gemacht worden seien, jedenfalls dort

nicht wiederholt würden, wo deutsche Entwicklungspolitik eine Rolle spiele.

Prostitution und Kinderprostitution seien entsetzliche Auswüchse des Tourismus in die Dritte Welt. Es müsse alles getan werden, um diese Fehlentwicklungen erfolgreich zu bekämpfen. Dabei mache es die Rechtslage möglich, daß diejenigen Deutschen, die sich dieser Verbrechen im Ausland schuldig machten, in Deutschland zur Verantwortung gezogen werden könnten. Diese Strafverfolgung lasse sich jedoch nur dann durchsetzen, wenn die Länder der Dritten Welt dabei mitspielten und der deutschen Gerichtsbarkeit die Täter übermittelten.

Reiseveranstalter hätten erheblichen Einfluß auf die Gestaltung von Zielgebieten. Diesem Einfluß müsse auch eine entsprechende Verantwortung korrespondieren, so daß die Veranstalter Entwicklungsprozesse im Tourismus nicht allein unter ökonomischen Aspekten sehen dürften. Sie müßten vor allem auch deutsche Touristen aufklären und informieren, damit sich die Touristen in den Zielländern auch angemessen verhielten.

Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. betonten, die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus in den Ländern der Dritten Welt werde dadurch deutlich, daß manche dieser Länder mehr als 20 % ihres Budgets aus den Einnahmen des Fremdenverkehrs bestritten. Dies bedeute, daß ein Sinken der touristischen Nachfrage zu erheblichen Problemen führen könne.

Deutsche gäben im Outgoing-Tourismus im Ausland derzeit jährlich 67 Mrd. DM aus; die Deviseneinnahmen Deutschlands aus dem Incoming-Tourismus beliefen sich auf rund 17 Mrd. DM. Man könne davon ausgehen, daß von den im Ausland bleibenden 50 Mrd. DM ein Teil als Entwicklungshilfe im Bereich des Tourismus angesehen werden könne, auch wenn es sich hierbei um Mittel aus der Privatsphäre der deutschen Urlauber handele.

Die mit dem Flugtourismus zusammenhängenden ökologischen Probleme seien kurzfristig nicht lösbar. Wenn die Entwicklungspolitik jedoch in stärkerem Maße eine ganzheitliche Betrachtung in den Ländern der Dritten Welt vornehme, könne ein ganz wichtiger Beitrag zur Entwicklung in diesen Ländern geleistet werden. In diesem Zusammenhang seien Fragen der Landwirtschaft, der Kultur, der Tradition des Bauwesens und des Verkehrs von besonderer Bedeutung, die in Zusammenhang gesehen werden müßten.

Man solle überlegen, Rahmenbedingungen zu schaffen für touristische Leitbilder, die vor Ort in den Entwicklungsländern beispielsweise mit Kirchen, Sozialverbänden und Regierungen gemeinsam erstellt werden sollten. Hierdurch könne vermieden werden, daß in einem neuen touristischen Ziel Bettenburgen erstellt würden, die die Landschaft zerstörten; die Touristen zögen nach Erlöschen des touristischen Interesses an dieser Region in das nächste Ziel. Dies könne durch eine Entwicklungspolitik vermieden werden, die auf einen ganzheitlichen Ansatz abziele.

Reisen in Entwicklungsländer seien ein wertvolles und erhaltenswertes Gut. Dieses Gut sei dann gefährdet, wenn es gedankenlos als selbstverständliches Verbrauchsgut behandelt werde. Deshalb müßten die Bürger lernen, verantwortungsvoller mit dem Gut „Reise“ umzugehen, nicht so viele Reisen durchzuführen und statt dessen einzelne Reisen zeitlich etwas auszudehnen. Dies sei wichtig im Hinblick auf die ökologische Problematik der Flugreisen und gelte ganz besonders bei Fernreisen in Zielländer der Dritten Welt.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD sahen in Reisen in die Dritte Welt eine Entwicklungschance für diese Länder. Dabei gebe es jedoch Gefahren für die Wirtschaft, wenn der Tourismus einseitig als Monostruktur aufgebaut werde und somit Gelder gebunden würden, die in anderen Wirtschaftszweigen fehlten. Die Tourismuswirtschaft sei anfällig. Wenn in den entwickelten Ländern die Einkommen zurückgingen, könnten sich die Investitionen für den Tourismus in den Dritte-Welt-Ländern schnell als Fehlinvestition herausstellen. Der Tourismus sei auch nach Meinung der SPD die weltweit am dynamischsten wachsende Branche, deren Aktivitäten sich in den nächsten zehn Jahren verdoppeln würden. Dies werde nicht unkritisch gesehen, weil ein ruinöser Wettbewerb unter den Zielländern und den Veranstaltern stattfinde; auch bei den Flügen gebe es Billigstangebote unterhalb der Gestehungskosten.

Die Erwartungen der Entwicklungsländer bezögen sich auf Deviseneinnahmen, Arbeitsplätze, Know-how-Transfer und entsprechende Impulse auf andere Wirtschaftszweige. Diese Erwartungen seien jedoch vielfach zu hoch. Deshalb sei die Einschätzung zutreffend, daß der Tourismus neben den Chancen auch Risiken beinhalte. Deshalb seien ohne Steuerung dieser Aktivitäten langfristig eher negative Auswirkungen auf die verschiedenen Dritte-Welt-Länder zu erwarten.

Länder, die sonst keine Entwicklungspotentiale hätten, hätten vielfach Chancen durch den Tourismus. Ohne eine entwickelte Wirtschaft sei jedoch nur eine geringe Wertschöpfung im Land selbst gegeben. Nach Mitteilung der Weltbank flössen 55 bis 90 % der touristischen Erlöse in Entwicklungsländern ins Ausland für die Importe von hochwertigen Materialien und Lebensmitteln. Dadurch entstehe vielfach eine Monokultur. Es bestehe auch die Gefahr, daß Länder ohne andere Entwicklungspotentiale von den Reiseveranstaltern und Investoren aus dem Ausland ausgebeutet würden. Dies führe dann zu einer Abhängigkeit der Bevölkerung vom Tourismus.

Für Länder mit starkem Bevölkerungswachstum biete der Tourismus zusätzliche Arbeitsplätze an. Die ökonomischen Auswirkungen seien jedoch abhängig von der Vernetzung des Tourismus mit anderen Wirtschaftszweigen. Wichtig sei, daß die lokale Bevölkerung an dieser Entwicklung teilhaben könne.

Vielerorts erfüllten sich die mit dem Tourismus verknüpften Erwartungen nicht. Zu diesem Ergebnis komme auch die World-Tourism-Organization. Der hohe Devisenabfluß mindere zu erwartende Einnahmen; ferner seien kapitalintensive Vorleistungen

zum Aufbau einer touristischen Infrastruktur, für Investitionen und für die Werbung erforderlich, die in anderen Wirtschaftssektoren fehlten.

Der Antrag gehe davon aus, daß der Tourismus in erheblichem Maße Arbeitsplätze schaffe. Dabei handle es sich allerdings vielfach um wenig qualifizierte Arbeitsplätze. Höher qualifizierte Arbeitsplätze seien in diesem Bereich ausländischen „Gastarbeitern“ vorbehalten. Hier müsse der Arbeitsmarkt für die Qualifizierung des Personals vor Ort sorgen. Der positive Arbeitsmarkteffekt relativiere sich durch die Abwanderung aus anderen Sektoren wie beispielsweise der Landwirtschaft und dem lokalen Handwerk.

Dabei ergäben sich Nachteile für die lokale Bevölkerung durch die Zerstörung autarker Wirtschaftsstrukturen, durch den Ausschluß aus traditionellen Jagd- und Anbaugebieten und durch die Schaffung von Touristenstränden sowie durch den hohen Ressourcenverbrauch der Touristen, wozu beispielsweise auch das Wasser gehöre. Diese Effekte seien auf den ersten Blick nicht sichtbar und fielen erst bei genauerer Betrachtung ins Gewicht.

Gerade ökologisch sensible Gebiete seien durch eine übermäßige touristische Nutzung gefährdet. So stünden beispielsweise auf den Malediven die Korallenbänke heute eigentlich nicht mehr dem Tourismus zur Verfügung, weil sie abgebaut und abgefischt seien und weil es keine Kläranlagen und keine Müllbeseitigungsanlagen auf den Inseln gebe. Dies seien die Negativseiten des Tourismus in der Dritten Welt.

Ebenso wirke sich der Tourismus negativ auf die sozio-kulturellen Strukturen und die traditionellen Familienstrukturen und Wertesysteme in der Dritten Welt aus. Diese Schäden entzögen sich einer monetären Bewertung, sie seien jedoch langfristig nicht zu unterschätzen. Ein unvorbereitetes Aufeinandertreffen von Kulturen sowie oberflächliche Begegnungen unter den Bedingungen des Massentourismus trügen zur Zerstörung der sozio-kulturellen Beziehungen bei. Ferner komme es zu einer Kommerzialisierung von lokalen Kulturen und Bräuchen.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD kritisierten, daß der Antrag nur mit sehr wenigen Sätzen auf den Sex-tourismus und die Kinderprostitution eingehe. Dies sei nicht ausreichend. Dabei seien die Antragsteller und die Fraktion der SPD in der Zielsetzung einig, daß ein skrupelloses Ausnutzen der Armutsverhältnisse unterbunden werden und daß die sexuelle Ausbeutung von Kindern gesellschaftlich geächtet werden müsse. Dies könne beispielsweise dadurch geschehen, daß die Reiseveranstalter verpflichtet würden, ihre Prospekte entsprechend zu gestalten. Beim Sextourismus gehe es um die Zerstörung der Lebensperspektiven von Millionen Frauen. Hieraus resultiere die Notwendigkeit deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft, die erhebliche Mittel erfordere. Ferner sei die Ausbreitung von Aids mit erheblichen Belastungen für die Entwicklungsländer verbunden. Bedauerlicherweise hätten sich bisher erst zwölf Veranstalter der Initiative von terre des hommes zur konsequenten Verurteilung des Prostitutionstourismus angeschlossen. Mit diesem Antrag müßten mehr

Veranstalter dazu bewegt werden, sich freiwillig dieser Initiative anzuschließen; sonst seien entsprechende gesetzliche Regelungen erforderlich. Der Antrag spreche sich dafür aus, die Verantwortung der Touristen zu stärken. Dabei sollten die individuellen Handlungsspielräume nicht überschätzt werden. In einer stark liberalisierten Branche gebe es bei den Reiseveranstaltern wenig Kontrollen; der harte Wettbewerb werde die Notwendigkeit der Ächtung in den Hintergrund treten lassen.

Tourismusförderung müsse in den Zielländern im Dialog mit den Regierungen und Behörden erfolgen. Dabei solle die Konkurrenz von immer mehr Zielländern mit vergleichbarem Angebot ausgeschaltet werden. So böten beispielsweise in der Karibik 20 Kleinstaaten die gleichen Dinge an; es herrsche dort ein ruinöser Preiswettbewerb. Die Länder seien den Touristikunternehmen deshalb ausgeliefert, weil jede Insel versuche, über den Preis den größten Anteil an diesem Markt zu erobern.

Eine leistungsfähige ökonomische Basis, ein gutes Bildungssystem sowie eine vorausschauende Entwicklungspolitik seien auch für den Tourismus von herausragender Bedeutung.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD kritisierten, daß der Antrag keine Aussage darüber treffe, wie die Forderungen des Antrags an die Bundesregierung umgesetzt werden sollten. Die Bundesregierung habe in den letzten Jahren aus gutem Grunde keine direkte Tourismusförderung mehr betrieben. Bevor eine erneute entwicklungspolitische Tourismusförderung angestrebt werde, solle auf die Evaluierung von bestehenden „sanften Modellen“ geachtet werden. Hierzu gehörten beispielsweise der Ökotourismus in Costa Rica oder der Dorftourismus im Senegal. Die Ergebnisse dieser Projekte sollten für eine genaue Definition der Umwelt- und Sozialverträglichkeit eines entwicklungspolitischen Tourismuskonzeptes herangezogen werden. Auf Basis dieser Erkenntnisse solle versucht werden, auf die Tourismusentwicklung in den Ländern der Dritten Welt Einfluß zu nehmen.

Die Fraktion der SPD sprach sich dafür aus, Vermarktungshilfen für diejenigen Zielländer zu geben, die über nachhaltige Tourismuskonzepte verfügten. Ferner sollten Qualifizierungsmaßnahmen für Fachkräfte ebenso wie Maßnahmen zur Alphabetisierung ergriffen werden. Des weiteren sollten im Rahmen der technischen Zusammenarbeit ressourcenschonende Maßnahmen unter Beteiligung der ansässigen Bevölkerung empfohlen werden.

Während der Antrag sich für die Integration des Tourismus in die Gesamtwirtschaft einsetze, strebe die Fraktion der SPD eine entwicklungspolitische Tourismusförderung an, die in ein Gesamtkonzept eingebunden sein müsse, das auf eine Stärkung der einheimischen Gesamtwirtschaft in den Ländern der Dritten Welt abziele.

Die Fraktion der SPD fordere von der Bundesregierung, die Entwicklungspolitik auch als Unterrichtsfach in die Lehrpläne einzustellen. Wenngleich hierfür die Kultusminister der Länder zuständig seien, könne das BMZ jedoch eine diesbezügliche Anregung geben.

Ferner sollten verbindliche Kriterien für die Ausbildung von Reiseleitern geschaffen werden. In diesem Zusammenhang solle geprüft werden, ob Reiseveranstalter verpflichtet werden könnten, auf die geltenden strafrechtlichen Bestimmungen den Sextourismus betreffend hinzuweisen. Im Rahmen der entwicklungspolitischen Hilfe seien ferner Maßnahmen zur Reintegration von Prostituierten sowie zur Frauenförderung erforderlich.

Das Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprach sich dafür aus, im Haushalt des BMZ künftig die Mittel im Bereich des Tourismus – auch für entsprechendes Informationsmaterial – zur Erhöhung der Transparenz gesondert auszuweisen. Sie kritisiere, daß insoweit die Mitteilung, es gebe im Geschäftsbereich des BMZ keine touristischen Aktivitäten, unzutreffend sei. Dies gelte auch für die Studien, die das BMZ im Bereich des Tourismus in Auftrag gegeben habe.

Sie bedaure, daß der Antrag der Koalitionsfraktionen das gravierendste Problem des Ferntourismus – die Transportfrage und die damit verbundene Belastung des Klimas – überhaupt nicht anspreche. Die Bundesregierung müsse sich endlich für die Besteuerung des Flugbenzins einsetzen, wie der Ausschuß dies fraktionsübergreifend immer wieder gefordert habe. Dabei müsse die Bundesregierung die Flugbenzinbesteuerung zunächst auf EU-Ebene durchsetzen.

Sie glaube nicht, daß mit einzelnen ökologischen und sozialverträglichen Projekten allein eine solche Tourismusform in den Entwicklungsländern durchgesetzt werden könne. Trotzdem seien diese Projekte notwendig.

Gleichwohl dürfe nicht übersehen werden, daß es in anderen Bereichen zu Fehlentwicklungen komme. So trügen beispielsweise Last-Minute-Angebote dazu bei, daß Menschen aus den Industrieländern ihren Urlaub auf Kosten der Dritten Welt machten. So blieben nach der Einschätzung von Fachleuten pro Tag und Gast beispielsweise 8 bis 10 DM in der Dominikanischen Republik, wovon Verpflegung, Service und andere Aufgaben bestritten werden müßten. Bei den Menschen in der Region selbst komme kaum noch etwas an.

Deshalb spreche ihre Fraktion sich dafür aus, in einem ersten Schritt die Charta von Lanzarote als verbindlich zu erklären und für deren Umsetzung zu sorgen. Ferner solle sich die Bundesregierung verstärkt auf internationale Abkommen, beispielsweise im Rahmen der World Tourism Organization (WTO), konzentrieren.

Im übrigen halte sie eine Informationskampagne erforderlich, die den Touristen die Auswirkungen ihres Verhaltens vor Augen führten und Alternativen aufzeigten. Hier sei die Bundesregierung auch gefordert. Dieses Feld könne nicht allein der Tourismusindustrie überlassen werden, die mit großen Werbekampagnen ständig neue Bedürfnisse und Destinationen entwickle, ohne die Folgeprobleme bis hin zur Schädigung der Ozonschicht zu berücksichtigen.

Sie stellte folgenden Änderungsantrag:

„Der Ausschuß für Tourismus stellt fest:

Der Tourismus der Reichen in die Länder der Armen ist für die betroffene Bevölkerung häufig mit zerstörerischen Folgen verbunden. Unter den Rahmenbedingungen der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik läßt sich dies allenfalls in Ansätzen, nicht aber grundsätzlich ändern. Wo die unregulierte Marktmacht der großen Tourismusunternehmen auf die sozial ungeschützte Bevölkerung und auf mangelhafte politische Strukturen in den Zielgebieten stößt, sind ökologische und soziale Standards kaum durchsetzbar.

Hinzu kommt das grundsätzliche Problem des internationalen Ferntourismus, daß dieser fast ausschließlich über den Flugverkehr abgewickelt wird. Der Tourismus ist damit hauptverantwortlich für die drohende Klimakatastrophe und die Verschwendung fossiler Ressourcen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der explodierenden Wachstumsprognosen für den internationalen Tourismus sind tiefgreifende Maßnahmen dringend erforderlich: Es darf nicht bei einzelnen isolierten Projekten des sozial und ökologisch verträglichen Tourismus bleiben, während gleichzeitig der Massentourismus ungehemmt wuchert. Statt dessen ist auf eine Reduzierung der Zahl der Fernreisen hinzuwirken und gleichzeitig deren Qualität so aufzuwerten, daß die Bevölkerung in den Zielgebieten tatsächlich vom Tourismus profitieren kann.

Die Reiseveranstalter nehmen mit ihrem derzeitigen Angebot kaum auf die Interessen der Betroffenen Rücksicht. Wo eine tiefe soziale, kulturelle und wirtschaftliche Kluft zwischen den Touristen und den Einheimischen besteht, ist eine gegenseitig bereichernde Begegnung nur sehr schwierig möglich. Die Initiative dafür müßte von den GastgeberInnen ausgehen; von den Gästen dürfte dieses Angebot nur mit großer Zurückhaltung und Sensibilität angenommen werden. Die verstärkt auftretenden Proteste der betroffenen Bevölkerung zeigen aber, daß die Realität weit davon entfernt ist.

Die Instrumente zur politischen Einflußnahme auf den Ferntourismus sind derzeit nicht in ausreichendem Maße verfügbar. Zum Teil ist dies das Ergebnis der Politik der Bundesregierung, die sich im Zuge der Deregulierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nicht intensiv genug dafür eingesetzt hat, an die Stelle nationaler Regelungen internationale treten zu lassen.

Mit der notwendigen Umkehr der internationalen Tourismuspolitik kann sofort bei einer Reihe konkreter Einzelmaßnahmen begonnen werden. Gleichzeitig müssen aber außerhalb des engen Kompetenzbereichs der Tourismuspolitik rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die der Politik in den Zielländern ebenso wie in den Herkunftsländern die notwendige Einflußmöglichkeit auf die Tourismusentwicklung sichern.

Der Ausschuß für Tourismus beschließt, den Antrag der CDU/CSU und F.D.P. zu Tourismus in die Dritte Welt (Drucksache 13/3142) wie folgt zu ändern:

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Tourismuspolitik endlich den notwendigen hohen Stellenwert zu geben. Insbesondere durch Verhandlungen im Rahmen der World Trade Organization und der World Tourism Organization müssen die Ziel- und Herkunftsländer des Tourismus die notwendigen rechtlichen Einflußmöglichkeiten erhalten, um soziale und ökologische Vorgaben gegenüber der Tourismuswirtschaft durchsetzen zu können;
2. sich mit Nachdruck für die Verabschiedung internationaler Abkommen einzusetzen, um einen verbindlichen Rahmen für die Tourismuspolitik zu schaffen. Insbesondere die Charta von Lanzarote ist verbindlich anzuerkennen und umzusetzen;
3. beschleunigt Verhandlungen auf internationaler Ebene zur Einführung der Flugbenzinbesteuerung zu führen. Schnelle Teillösungen sind dabei dem Stillstand vorzuziehen. Die Verwendung eines Teils des Aufkommens der Flugbenzinsteuer für die Entwicklungszusammenarbeit ist zu prüfen;
4. den Kampf gegen den (Kinder)Sextourismus entschieden fortzusetzen, indem internationale Rechtshilfeabkommen abgeschlossen werden und die Reiseveranstalter verpflichtet werden, in den Reisekatalogen deutlich auf die Strafbestimmungen zur Verfolgung von Kinderprostitution hinzuweisen;
5. die Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, die rechtlichen, institutionellen und planerischen Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Tourismusentwicklung in ihrem Land zu schaffen. Der Schwerpunkt muß dabei auf der Umgestaltung des bestehenden Angebots anstelle eines weiteren Ausbaus liegen;
6. erste Schritte zu unternehmen, damit die Reiseveranstalter ihr Angebot sozial und ökologisch ausrichten: Die Einführung eines Gütesiegels mit strengen, unter Beteiligung der Nichtregierungsorganisationen ausgearbeiteten Kriterien und die Einführung eines EU-Ökosozial-Audits für Unternehmen der Tourismuswirtschaft sind als weiche Instrumente voranzutreiben. Darüber hinaus sind die rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, einzelne besonders zerstörerische Angebote der Reiseveranstalter als „sittenwidrig“ einzustufen und zu verbieten;
7. die bisher durchgeführten Projekte eines sozial und ökologisch verträglichen Tourismus kritisch evaluieren zu lassen und weitere Projekte – auch von Institutionen wie der Weltbank, an denen die Bundesrepublik Deutschland nur mittelbar beteiligt ist – davon abhängig zu machen, ob sie in ein Gesamtentwicklungskonzept des jeweiligen Landes eingebunden sind, das den

1992 in Rio verabschiedeten Prinzipien der Nachhaltigkeit entspricht;

8. die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit im Hinblick auf sozial und ökologisch verträglichen Tourismus verstärkt fortzusetzen und dabei die Tourismuswirtschaft mit in die Verantwortung zu nehmen;
9. eine Informationskampagne durchzuführen, in deren Rahmen Touristinnen und Touristen auf die überwiegend schädlichen Konsequenzen des Ferntourismus hingewiesen werden und zur Wahl verträglicherer Reiseformen aufgerufen wird.“

Der Ausschuß lehnte den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimme des Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD sowie bei Abwesenheit des Mitglieds der Gruppe der PDS ab.

Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. stellten den Änderungsantrag, auf Seite 4 des Antrags in Drucksache 13/3142 den drittletzten Spiegelstrich folgendermaßen zu ergänzen:

„Auch auf die Geltung des deutschen Strafrechts für im Ausland begangene Straftaten soll deutlich hingewiesen werden.“

Die Mitglieder der Fraktion der SPD bezeichneten diesen Antrag als zu undeutlich. Es sei nicht ausreichend, lediglich auf eine Strafverfolgung der Täter auch hierzulande zu drängen. Von der Bundesregierung müsse zumindest verlangt werden, sich um formelle Rechtshilfeabkommen mit diesen Ländern sowie um den Einsatz von Verbindungsbeamten des BKA zu bemühen, wie dies Kinderrechtsorganisationen seit langem forderten.

Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. erklärten hierzu, daß sich die Bundesregierung um den Abschluß entsprechender Abkommen bemühe, die als völkerrechtliche Verträge den souveränen Ländern der Dritten Welt mit deren ganz anderer Kultur und Vorstellungen nicht aufgezwungen werden könnten.

Demgegenüber erklärten die Mitglieder der Fraktion der SPD, es komme hier darauf an, mit welchem Engagement die Bundesregierung diese Fragen im Ausland vertrete. Dies lasse nach Auffassung der SPD in weiten Teilen zu wünschen übrig.

Der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung des Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit des Mitglieds der Gruppe der PDS angenommen.

Der Ausschuß erörterte eingehend die Frage, wie den deutschen Reisenden nahegebracht werden könne, ihr Verhalten in empfindsamen Gebieten der Dritte-Welt-Länder den dortigen Umständen anzupassen. Es müsse ein geeigneter Vertriebsweg für

entsprechende Informationen im Bereich des Massentourismus gefunden werden, die auch über die Strafbarkeit des sexuellen Mißbrauchs von Kindern im Ausland unterrichten sollten. Hierzu sollten die Reisebüros auf entsprechende Broschüren hingewiesen werden; ebenso könne daran gedacht werden, die Reiseveranstalter bzw. Fluglinien für die Aushändigung der Broschüren an die Touristen zu gewinnen. In diesem Zusammenhang nahm der Ausschuß zur Kenntnis, daß die Haushaltsmittel für die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit sehr begrenzt sind.

Der Ausschuß sprach sich einmütig dafür aus, in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit verstärkt auf die Wahrung der Menschenrechte zu drängen. Dies sei in der Vergangenheit nicht immer in hinrei-

chendem Maße geschehen, auch wenn die Bundesregierung betone, daß sie die Beachtung der Menschenrechte als Rahmenbedingung für eine sinnvolle entwicklungspolitische Zusammenarbeit ansehe.

Die Mitglieder der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD bedauerten, daß es trotz entsprechender Bemühungen nicht gelungen sei, einen gemeinsamen Antrag zu verabschieden.

Die Beschlußempfehlung wurde in der durch den angenommenen Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. geänderten Fassung mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit des Mitglieds der Gruppe der PDS gefaßt.

Bonn, den 10. Dezember 1996

Dr. Rolf Olderog

Berichterstatte

Brunhilde Irber

Berichterstatte

Halo Saibold

Berichterstatte

Dr. Olaf Feldmann

Berichterstatte

